

Die Sozialprogramme der politischen Repräsentation des tschechischen Bürgertums nach der Entstehung der Tschechoslowakei

Das politische Spektrum der Ersten Tschechoslowakischen Republik ging aus den Traditionen der Vorkriegszeit hervor. Die Konturen wurden desto schärfer, je näher das Ende des Ersten Weltkrieges rückte und je deutlicher sich abzeichnete, wie das historische Ergebnis ausfallen würde. Mit dem fortschreitenden kriegerischen Konflikt radikalisierte sich vor allem die Arbeiterschaft, und die wohlhabenderen Schichten erwarteten für die Zeit nach Kriegsende auch in der Heimat Unruhen, denen sie voller Befürchtungen entgegen sahen. Nach den Revolutionen in Rußland weckte auch die Rückkehr der tschechischen Soldaten Ängste, unabhängig davon, ob diese aus der österreichischen Armee oder den tschechoslowakischen Auslandslegionen kamen, denn es war nicht klar, was „diese Soldaten alles im Kopf haben würden“.¹

Die Vertreter der tschechischen nicht-sozialistischen Parteien mit überwiegend städtischer Basis gelangten zu der Überzeugung, daß es in der gegebenen Situation das Beste sein würde, eine neue, nicht-kompromittierte Partei zu gründen. Den erwarteten sozialen und politischen Erschütterungen wollten sie als am besten vorbereitete Kraft erfolgreich begegnen können. Aus einer Position der Stärke heraus, wollten sie die bisherige gesellschaftliche Ordnung – wenn auch vielleicht in modifizierter Form – verteidigen.

Bei der Veränderung, welche die tschechische politische Rechte im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges durchmachte, spielte die soziale Frage eine sehr wichtige Rolle. Man befürchtete einen Linksrutsch in der politischen Orientierung der vom Krieg erschöpften Bevölkerung. Angesichts dieser Entwicklung empfanden die begüterteren Schichten die Notwendigkeit, sich politisch zu vereinigen, ihre bisherige Zersplitterung zu überwinden und eine starke Partei zu schaffen. Diese Partei sollte für den Erhalt des Prinzip des Privateigentums – also gegen den populären Sozialismus – stehen. Ihre Zielgruppe sollten primär die Wähler in den Städten sein. Ein weiterer gemeinsamer Nenner, auf den sich die bisherigen städtischen nicht-sozialistischen Parteien einigen und in dem sie ihre früheren Differenzen und Animositäten überwinden konnten, war die Idee des unabhängigen Staates.²

- 1 Aus einem Brief von Karel Kramář an František Sís, Herbst 1917, zit. nach: Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums, ANM], sbírka Hn, k. 37, [Sammlung Hn, Karton Nr. 37] František Sís.
- 2 Ausführlich zur Entstehung dieser Partei z.B.: Lukeš, Bohumil: Vznik České strany státoprávně demokratické [Die Entstehung der Tschechischen Demokratischen Staatsrechtspartei]. Diplomová práce FF UK [Diplomarbeit der Karls-Universität Prag]. Praha 1983 – Paulová, Milada: Tajný výbor (Maffie) a

Im Sommer 1917 fanden erste Sondierungen zur Gründung einer vereinten politischen Partei statt. Deren Initiatorin war zu diesem Zeitpunkt noch die Partei der Nationalen Sozialisten,³ die allerdings immer offensichtlicher nach links abwanderte. Die Verhandlungen wurden aber bald allein von den Parteien weitergeführt, die laut Programm nicht sozialistisch waren – also von der Jungtschechischen Partei, der Staatsrechtlich Fortschrittlichen Partei, der Realistischen Partei und der Mährischen Fortschrittlichen Volkspartei. Das Ergebnis dieser Verhandlung war ein Abkommen über eine Vereinigung auf der Grundlage der oben angeführten Prinzipien. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch die Tatsache, daß die stärkste der beteiligten Parteien, die Jungtschechen, den anderen ihre einflußreiche Parteipresse, die Tageszeitung „Národní Listy“, zur Verfügung stellten.

Im Lauf des Herbstes und Winters 1917/1918 kam es zur freiwilligen Auflösung der bisherigen politischen Parteien und am 9. Februar 1918 erschien eine neue politische Kraft auf der tschechischen politischen Bühne, die Tschechische *Staatsrechts-Demokratie* (Česká státoprávní demokracie), die sich aus der Mitgliederschaft der ehemaligen bürgerlichen Parteien rekrutierte. Diese Vereinfachung der politischen Szene zog eine weitere nachdrückliche Stärkung des ständisch organisierten Parteiwesens nach sich, denn in Böhmen existierte die bäuerliche Partei der Agrarier, die Sozialdemokratische Partei, als Vertretung der Arbeiter, die bürgerliche demokratische Staatsrechtspartei, und die in dieser Zeit vorübergehend zur radikalen Linken tendierende Sozialistische Partei.

In der Praxis erwies sich das Ziel der *Staatsrechts-Demokratie*, die gesamtnationalen Interessen aller jener bürgerlichen Schichten zu verteidigen, die den Sozialismus ablehnten, nur als sehr schwer realisierbar. Mit der *Staatsrechts-Demokratie* sympathisierten nicht allein Unternehmer und Gewerbetreibende, sondern in der Zeit des Umsturzes vor allem auch die Intelligenz. Die Partei zog Juristen und Ärzte an, Lehrer und Beamte, also jede Art von Staatsangestellten. Berücksichtigen wir zusätzlich den Umstand, daß die *Staatsrechts-Demokratie* während und kurz nach der Revolution als einzige politische Kraft das Prinzip des Privateigentums konsequent verteidigte und daher auch das tschechische Bürgertum repräsentierte, muß uns eigentlich klar sein, daß es sich bei ihr nicht um eine homogene Partei handeln konnte. Diese innere Zerrissenheit war der *Staatsrechts-Demokratie* in die Wiege gelegt worden, und sie wurde nur schwer mit den daraus resultierenden Spannungen fertig. Auch an diesem Beispiel zeigt sich deutlich, daß eine Partei, die wirklich alle städtischen Mittel- und Oberschichten zu vertreten sucht, im 20. Jahrhundert in eine innere Pattsituation geraten muß.

spolupráce s Jihoslovany v letech 1916-1918 [Der geheime Ausschuß (der Maffia) und die Zusammenarbeit mit den Südslawen in den Jahren 1916-1918. Praha 1968 – Šeřtilová, Jana: Alois Rašín. Dramatický život českého politika [Alois Rašín. Das dramatische Leben eines tschechischen Politikers]. Praha 1997.

- 3 Nicht zu verwechseln mit den deutschen Nationalsozialisten! Diese Partei, die Ende 1897 als nationale Alternative zur Sozialdemokratie gegründet wurde, änderte ihren Namen im Lauf ihrer langen Geschichte häufig. In deutschen Übersetzungen wird sie meist als National-Sozialistische Partei oder Volkssozialistische Partei eingeführt, wobei die zweite Bezeichnung den bzw. die tschechischen Namen nicht ganz korrekt wiedergibt.

Die grundlegende Richtung ihrer Ideen legten die Repräsentanten der *Staatsrechts-Demokratie* bereits vor der eigentlichen Gründung dieser Partei fest. Das geschah im Oktober 1917 bei einer Versammlung, auf der die Jungtschechische Partei aufgelöst wurde. Dabei kam dem Referat von Jaroslav Preiss, dem Direktor der Živnostenská banka (Gewerbebank), dem größten tschechischen Bankhaus, grundsätzliche Bedeutung zu. Sein Auftritt, er referierte zum Thema „über die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der tschechischen Politik“, war in dieser Zeit sehr mutig. Preiss griff hier die sozialistische „Mode“ an, sprach gegen alle Experimente mit dem Syndikalismus und Kollektivismus, mit denen in der zeitgenössischen Publizistik geliebäugelt wurde. Nichts könne den Willen und die Aktivität des Einzelnen ersetzen, eine effektive Nationalökonomie könne sich, so die Meinung der Repräsentanten der bürgerlichen Schichten, allein auf der Basis des Privateigentums entwickeln. Nach dem Ende des Krieges würden soziale Reformen sicher notwendig werden, keineswegs jedoch die Einführung des Sozialismus. Die vorgeschlagenen sozialen Reformen sollten den Besitz an landwirtschaftlich nutzbarem Boden und Wäldern betreffen, den Besitz an Produktionsmitteln und Bodenschätzen und nicht zuletzt den Bereich der Sozialpolitik. Preiss' Vortrag brachte im Grunde genommen eine erste Zusammenfassung des ökonomischen und sozialen Programms der neuen rechtsorientierten Partei.⁴

An dieser Stelle ist es nötig zu betonen, daß es sich um mutige Gedanken handelte, deren prinzipielle Verteidigung in einem radikalisiertem sozialem Milieu ein nicht geringes Risiko in sich barg. Die Verschlechterung des Lebensstandards während des Krieges einerseits, die tiefe Enttäuschung über das bisherige politische Regime andererseits, die sich mit der Sehnsucht verband, irgendetwas Neues und Besseres zu schaffen, hatten dem Sozialismus zu ungeheurer Popularität verholfen. Nach Preiss' Auftritt galt er nicht mehr als unantastbar. Allen voran brachten die „Národní Listy“ serienweise Artikel, die gegen diese Art der Gesellschaftsordnung gerichtet waren. Gegen den Radikalismus, der nicht nur in der Arbeiterklasse zunahm, und bei der Verteidigung der Grundsätze des ökonomischen Liberalismus und der traditionellen Werte mußte die *Staatsrechts-Demokratie* allerdings umsichtig vorgehen. Von Mai 1918 an war zudem der Raum, der ihr dazu blieb, äußerst gering, denn das Erscheinen der „Národní Listy“ war von Amts wegen eingestellt worden.

Nach der Entstehung der Tschechoslowakei im Oktober 1918 wurde eine gesamtstaatliche Koalitionsregierung einberufen, an deren Spitze die *Staatsrechts-Demokratie* unter Karel Kramář stand, der gewissermaßen als Verkörperung der rechtsgerichteten und konservativen Politik der Ersten Republik galt. Unter seiner Führung nahm die Regierung und schließlich auch das Parlament eine ganze Reihe sozialreformerischer Maßnahmen an. Zu den wichtigsten gehörte ohne Zweifel die Einführung des Acht-Stunden-Tages, zu der es noch zur Jahreswende 1918 kam. Dennoch fand diese Maßnahme in den Reihen der bürgerlichen Parteien auch Kritiker. Allen voran ging Finanzminister Alois Rašín, der darauf hinwies, daß sich die

4 Ausführlich: Galandauer, Jan: Ideový zápas o ekonomicko-sociální strukturu československého státu v letech 1917-1918 [Der geistige Kampf um die ökonomische und soziale Struktur des tschechoslowakischen Staates in den Jahren 1917-1918], in: Československý časopis historický 27/ 1979, 681-703.

tschechischen Waren durch die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit bei der Beibehaltung der bisherigen Löhne deutlich verteuern würden. Doch niemand wandte sich grundsätzlich gegen diese soziale Maßnahme.

Im Gegenteil, die weiterhin bestehende Gefahr sozialer Konflikte führte zu einer Reihe weiterer Beschlüsse, denen in der Revolutionären Nationalversammlung auch die Rechte zustimmte. Dieser Tribut wurde als eher hinnehmbar erachtet, als die mögliche soziale, ökonomische und politische Zersetzung des Staates, der sich eben erst konstituiert hatte.

Die Repräsentanten der wohlhabenderen tschechischen Schichten in der Regierung, also die *Staatsrechts-Demokratie* und zum Teil auch die Tschechische Agrarpartei,⁵ hatten sich zwar das Ziel gesetzt, das bestehende Gesellschaftssystem durchzusetzen, zu erhalten und zu verteidigen, bei ihren politischen Entscheidungen vernachlässigten sie jedoch die soziale Dimension keineswegs. Dennoch wollten ihre Kritiker diese nicht anerkennen, oder sie erschienen ihnen unzureichend.

Der sozialreformerische Geist der Zeit schlug sich auch im Programm der *Staatsrechts-Demokratie* nieder, die sich nun in *Tschechoslowakische Nationaldemokratie* umbenannten.⁶ Dieses Programm wurde auf ihrem konstituierenden Parteitag im März 1919 angenommen.⁷ Die Partei charakterisierte sich selbst als eine Partei mit gesamt nationalem Programm, die ihr Augenmerk nicht auf die Durchsetzung von einseitigen ständischen oder Klasseninteressen richtete, sondern die Einzelinteressen dem höchsten Interesse, dem des ganzen Volkes unterordnete. „Wir sind eine nationale Partei, eine gesamt nationale Partei, eine demokratische und fortschrittliche Partei.“⁸ Mit dieser Behauptung wurde der allgemeine Teil des Parteiprogramms eingeleitet. Die einzelnen Attribute wurden folgendermaßen näher bestimmt:

Zu ‚national‘: Das Ideal der tschechischen Politik ist die Gleichberechtigung der Menschen und Nationen, der tschechische Staat hat zu allen, die ihre Pflichten ihm gegenüber redlich erfüllen, gleichermaßen gerecht zu sein, unabhängig davon, welcher Nationalität sie sind.

Zu ‚gesamt national‘: Die *Nationaldemokratie* will eine gesunde und erfolgreiche Politik, die die Beziehungen aller Schichten der Nation gerecht und im Geist der Einheit regelt. Soziale Ungerechtigkeiten werden als größtes aller Übel betrachtet.

Zu ‚demokratisch‘: Für die *Nationaldemokratische Partei* war die einzig mögliche Staatsform die demokratische mit allgemeinem Wahlrecht, einer konstitutionellen Regierung und einem Parlament.

5 Mit vollem Namen: Republikánská strana zemědělského a malorolnického lidu (Republikanische Partei des ländlichen und kleinbäuerlichen Volkes).

6 Zur Umbenennung der Partei kam es bei ihrer konstituierenden Versammlung im März 1919. Der ursprüngliche Name wurde aufgegeben, weil sie die Forderung nach der Erfüllung des böhmischen Staatsrechts durch die Bildung des selbständigen Staates erfüllt hatte.

7 Program Československé národní demokracie schválený valným sjezdem strany dne 25. března 1919 [Programm der Tschechoslowakischen Nationaldemokratischen Partei, angenommen am 25. März 1919 vom konstituierenden Parteitag]. Praha 1919.

8 Ebenda, 3.

Zu ‚fortschrittlich‘: Ganz im Einklang mit dem Zeitgeist wurde in dieser Passage die Trennung von Staat und Kirche gefordert. „Soll die Nation vom Geist der Reaktion befreit werden, dann muß sie eine klare Trennung von Staat und Kirche mit all deren Konsequenzen durchführen. Die Kirche darf kein Staat im Staate bleiben, vor allem wenn dieser auf den Grundsätzen fremder Demokratismen beruht und wenn diese international sind, nicht national und ihre Orientierung von anderswo nehmen als von der souveränen Nation.“⁹

Ein eigenes Kapitel war der Außenpolitik gewidmet. Auch hier lag der Akzent auf dem nationalen Element, es wurde betont, daß „wir der Grenzwall gegen die germanische Welt sind, gegen deren imperialistischen Expansionsdrang nach Osten.“¹⁰ Die Nationaldemokratie bekannte sich zu den Ententemächten und versprach die aktive Mitarbeit im Völkerbund. Gleichzeitig allerdings zählte sie die Förderung des Zusammenhalts aller slawischen Nationen, der „slawischen Wechselseitigkeit“, zu ihren außenpolitischen Zielen. Als Partei des großen slawischen Politikers Karel Kramářs verkündete sie: „Wir glauben, daß die Mission des Slawentums, vor allem Rußlands, noch nicht erfüllt ist.“¹¹

Weiter wurden die zukünftigen Beziehungen zu den anderen slawischen Nationen umrissen, favorisiert wurden vor allem Kontakte zu Jugoslawien und den Lausitzer Sorben.

Im Abschnitt über die allgemeinen politischen Ziele der Partei widmete sich das Programm den Rechten des Präsidenten, es forderte für ihn mehr als nur repräsentative Funktionen. Ferner wurde das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht gefordert. Das war allerdings bereits politische Realität. Bei diesem Punkt handelte es sich also primär um ein demonstratives Bekenntnis zum demokratischen Lager.

Der nationale Zug des Programms schlug sich vor allem in Forderungen zum Sprachenrecht nieder. Die *Nationaldemokratische Partei* ging davon aus, daß die Tschechoslowakei ein Nationalstaat war, eine Gründung der tschechischen Nation. Demensprechend sollte die Stellung der tschechischen Sprache in der öffentlichen Verwaltung fest verankert sein. Das Tschechische bzw. Slowakische sollten als Staatssprachen festgelegt werden, was den entschieden nationalen Charakter des Staates noch einmal unterstreichen sollte.

Große Aufmerksamkeit wurde dem Kultur- und dem Schulprogramm gewidmet, was der Tatsache geschuldet war, daß die *Nationaldemokratie* die Partei der tschechischen Intellektuellen, der Lehrer und Künstler war. Erneut finden wir hier die Forderung nach der Trennung der Kirche vom Staat. Ein weiterer Punkt, die Glaubensfreiheit, war bereits verwirklicht. Hier klang deutlich die Forderung nach der Gleichberechtigung der Kirchen an, die eindeutig gegen die Hegemonie der katholischen Kirche gerichtet war. Diese war im tschechischen Milieu beträchtlich unpopulär, obwohl sich paradoxerweise ein Großteil der Bevölkerung, einschließlich der Anhänger der *Nationaldemokratischen Partei*, zu ihr bekannten. Das Pro-

9 Ebenda, 6-7.

10 Ebenda, 8.

11 Ebenda, 9.

gramm äußerte sich auch über den Rückzug der Kirchen aus dem Schulwesen. Die theologischen Fakultäten sollten aus den Universitäten ausgegliedert werden und zu eigenständigen Hochschulen zur Ausbildung des kirchlichen Nachwuchses zusammengeschlossen werden.

Ein eigenes Kapitel war der Frage der Lehrerbildung gewidmet (Notwendigkeit eines Hochschulstudiums für Lehrer), ferner forderte man die Einrichtung von Universitäten in der Slowakei und die Gründung von Kunstakademien (einer musischen, einer dramaturgischen und einer für die bildenden Künste) etc. Dieser Teil des Programms der tschechischen Partei, die im politischen Spektrum der Ersten Tschechoslowakischen Republik am weitesten rechts angesiedelt war, zeugt keineswegs von ihrem angeblichen Traditionalismus. Ganz im Gegenteil – die Nationaldemokraten stellten sich hier hinter die ‚fortschrittlichen‘ Forderungen der Zeit. Im Vergleich mit den anderen politischen Kräften, die mit sehr radikalen Vorschlägen auftraten, war das Programm dennoch ziemlich konservativ.

Der reformerische Geist der Zeit schlug sich auch im wichtigsten Teil des Parteiprogrammes – dem Wirtschafts- und Sozialprogramm – nieder. Sein Autor war der junge Brünnener Nationalökonom Karel Engliš, der auf diesem Gebiet schon damals mit Finanzminister Alois Rašín konkurrierte.

Vor der Gründungsversammlung existierten gewisse Unstimmigkeiten, die genau diesen Teil des Programms betrafen. Daher wurden zwei Entwürfe vorgelegt. Den einen brachte der konservative Professor J. Koloušek ein, auf dessen Seite auch die Sympathien Rašíns waren, der modernere und ‚linkere‘ kam von Engliš. Seinen Entwurf könnte man vielleicht mit dem Begriff ‚soziale Marktwirtschaft‘ bezeichnen. Bereits in den Debatten vor der Versammlung gewann er die Unterstützung eines großen Teil der Parteimitglieder, davon zeugt z.B. die Korrespondenz, die im Nachlaß des stellvertretenden Vorsitzenden, Antonín Hajn,¹² erhalten ist, und die beinahe den Charakter von Petitionsschriften hatte. Auch die ganze jüngere Generation der Partei, an deren Spitze zu dieser Zeit Männer standen, die aus der ‚Masarykschen realistischen Jugend‘ der Vorkriegsjahre hervorgegangen waren, unterstützte den zweiten Entwurf. Bei der Versammlung kam daher auch nur dieser zur Verhandlung.

Im Programm der Partei, die im politischen Spektrum der Ersten Tschechoslowakischen Republik am weitesten rechts stand, wurde demnach die Forderung nach einer „Wirtschaftdemokratie“ erhoben. Diese sollte im Erhalt der Prinzipien der Marktwirtschaft bestehen, allerdings nur unter der Voraussetzung einer gerechteren Verteilung der Güter. Zur Beseitigung der „sozialen Gegensätze“ sollten Nationaldemokraten Wege wählen, welche die „Produktivität und den Reichtum des Ganzen“ nicht erschüttern würden. Die Partei forderte die Vergesellschaftung des Teils des Großgrundbesitzes, der reif dazu war und der vom Staat besser verwaltet werden konnte – d.h. die Nationalisierung der Wälder, der Bergwerke, der Heilquellen, der Eisenbahnen, der Eisenhütten usw. Weiter forderte die Partei eine Aufteilung der Großgüter und die Durchführung von Steuerreformen, welche die Unausgewogenheiten

12 Archiv Národního muzea, fond A. Hajn, k. 130 sq.

beseitigen sollten, zu denen es infolge der Kriegswirtschaft gekommen war. Das Programm enthielt auch die Forderung nach der Einführung eines umfassenden Versicherungswesens mit Sozial-, Unfall- und Krankenversicherung, mit einer Alters- und Invalidenrente, sowie die Forderung nach staatlichen Garantien für Gewerbekredite.

Das Programm der *Nationaldemokratischen Partei* kann durchaus als fortschrittlich, demokratisch und staatsbejahend definiert werden. In Übereinstimmung mit dem deklarierten gesamtnationalen Charakter und auch im Hinblick auf die aktuelle Situation wurden hier nicht die Klasseninteressen akzentuiert – also die Interessen der höheren und mittleren Gesellschaftsschichten. Die Politik wich von diesem Programm allerdings häufig ab.

Die parteiinternen Kritiker der Führung Kramář und Rašín, die sich in erster Linie aus den Präsidenten Masaryk nahestehenden Kreisen und dem sogenannten mährischen Flügel der Partei rekrutierten, begannen direkt nach der Annahme des Parteiprogramms darauf hinzuweisen, daß viele seiner Artikel nicht eingehalten wurden. Im Lauf der zwanziger Jahre, als die konservativeren und nationalistischeren Kreise in der Partei ein deutliches Übergewicht erlangten, kam es zu einer gewissen Modifikation des Programms. Auf dem zweiten Parteitag im Jahr 1922 wurde bereits ein Beschluß angenommen, nachdem eine Umbewertung der grundlegenden Ideen des ersten Programms und dessen Anpassung an die gegenwärtigen Bedürfnisse als erforderlich bezeichnet wurde. An der Substanz des Programms sollte sich nichts ändern.¹³

Der Entwurf der „Wirtschaftsdemokratie“, den Engliš eingebracht hatte, wurde nun als zeitbedingt charakterisiert, er sei, da direkt von der Nachkriegssituation beeinflusst, den Bedingungen sich stabilisierender Zeitläufe nicht angemessen. Die Nationaldemokraten neigten nun völlig der liberalen Gesellschaftsauffassung zu, auch wenn sie soziale Aspekte keineswegs außer acht ließen (z.B. in der Frage der Sozialversicherung). Verglichen mit ihren politischen Konkurrenten akzentuierten sie diese Fragen jedoch deutlich schwächer.

Unter den Problemen, die nach der Entstehung der Tschechoslowakei gleichermaßen eine soziale, wirtschaftliche und ökonomische Dimension hatten, war die Bodenreform eines der wichtigsten. An ihrer Konzeption und ihrem Umfang schieden sich indessen die Geister, fast wäre auch die Regierung der allnationalen Koalition über sie gestürzt.

Wie in anderen sozialen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung auch, bestand über die Notwendigkeit einer Bodenreform im Grunde genommen Einigkeit. Diametral entgegengesetzte Auffassungen herrschten jedoch darüber, im welchem Umfang solch eine Reform durchgeführt werden sollte. Die sozialistischen Parteien wollten eine möglichst umfassende Beschlagnahme des ländlichen Besitzes durchsetzen, darüber hinaus bevorzugten die Sozialdemokraten die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Bodens. Demgegenüber einigten sich

13 Vgl. Šetřilová, Jana: Československá strana národně demokratická v letech 1918-1923 [Die Tschechoslowakische Nationaldemokratische Partei in den Jahren 1918-1923], in: Časopis Národního muzea 3-4/ 1993, 99-119.

die Agrarier, die einen Großteil der ländlichen Bevölkerung repräsentierten, und auch die Staatsrechts- bzw. Nationaldemokratie, die vor allem die mittleren und oberen städtischen Schichten der Gesellschaft vertraten, grundsätzlich auf Enteignungen nach dem Entschädigungsprinzip. Sie hielten es nicht für effektiv, die Grenze für die Beschlagnahme von Besitz auf einem allzu niedrigen Niveau festzulegen.¹⁴

Die Agrarier repräsentierten nicht allein die ländlichen Mittel- und Unterschichten, sondern vor allem die Großbauern. In der Zeit der Entstehung des eigenständigen Staates rekrutierte sich die Parteiführung vor allem aus den Reihen der Besitzer großer landwirtschaftlicher Güter, besaß doch auch der Parteivorsitzende Antonín Švehla ein großes Anwesen in Hostivař. Dennoch war selbst das Programm der Agrarier von der revolutionären Welle nach dem Krieg geprägt.¹⁵

Ihr erstes Programm aus dem Jahr 1919 enthielt zahlreiche fortschrittliche Elemente. Die größte Kompromissbereitschaft wies es bei sozialen Fragen auf, deren Schwerpunkt wiederum im Bereich der Bodenreform lag. Weitere soziale Akzente wurden mit dem Plan einer systematischen Sozialfürsorge für die ärmsten Schichten, der Einführung einer Unfall-, Sozial- und Krankenversicherung usw. gesetzt. Das Programm aus dem Jahr 1919 wurde ausdrücklich auf die Bedürfnisse der Kleinbauern hin zugeschnitten, die in dieser Zeit für die Agrarierbewegung gewonnen werden sollten.

Auch die Agrarier änderten ihr Programm nach und nach mit dem Abklingen der revolutionären Welle in der Nachkriegszeit. Ihr zweites Parteiprogramm aus dem Jahr 1922 läßt die ‚linken‘ Züge des ersten bereits vermissen.¹⁶ Ganz im Gegenteil, nun wurde die bäuerliche Tradition in den Vordergrund gerückt, der Kult des Bodens gepflegt, die Unantastbarkeit des Privateigentums und die Abscheu gegenüber aller Gleichmacherei u.ä. betont. „Vom Standpunkt der Sozialpolitik aus gesehen, sollten die Begriffe Fortschritt und Reaktion mit größtmöglicher Vorsicht verwendet werden, nicht jede Rückkehr zu den erprobten Einrichtungen der Vergangenheit ist sozialreaktionär, und auch nicht jede Neuheit ist ein sozialer Fortschritt.“¹⁷ Und so veränderte sich das Programm der Agrarier in ein herkömmliches, eher konservatives Programm einer ständischen Partei, die – nun stark genug geworden – ihren eigenen Zielen nachging.

14 Die Festlegung der Obergrenze auf 150 ha bei Ackerboden und 250 ha für alle anderen Böden war ein Teil des Kompromisses zwischen der Rechten, den Agrariern und den Sozialisten.

15 Ausführlich siehe: Uhlíř, D.: Republikánská strana venkovského a maloroľnického lidu 1918-1938. Charakteristika agrárneho hnutí v Československu [Republikanische Partei des ländlichen und kleinbäuerlichen Volkes 1918-1938. Eine Charakteristik der Agrarbewegung in der Tschechoslowakei]. Praha 1988, 27.

16 Die Korrekturen des Parteiprogramms wurden im gleichen Jahr vorgenommen wie bei den Nationaldemokraten.

17 Program a organizační řád Republikánské strany zemědělského a maloroľnického lidu [Programm und Geschäftsordnung der Republikanischen Partei des bäuerlichen und kleinbäuerlichen Volkes]. Praha 1922, 75-76.

Die beiden größten tschechischen politischen Parteien, die nach dem Umsturz von 1918 die bürgerlichen Schichten vertraten – die einen, die Nationaldemokraten, die städtischen – die anderen, die Agrarier, die ländlichen – fügten im Jahr 1919 in ihre Programme eine ganze Reihe sozialer Forderungen ein, die uns aus heutiger Perspektive sehr fortschrittlich erscheinen mögen. Dahinter verbarg sich das Bemühen, die radikalisierte Wählerschaft nicht zu verlieren, sondern anzusprechen und für sich zu gewinnen. Verglichen mit dem übrigen politischen Spektrum der Zeit, präsentierten sie sich dennoch eher als konservative Kräfte. Über ihren eigenen Schatten konnten diese Parteien jedoch nicht springen – und das wollten sie auch gar nicht. Sie konzipierten ihre ersten Nachkriegsprogramme unter dem ‚Druck des Zeitgeistes‘, sobald sich die Situation im neuen Staat geordnet und auf demokratischen und im Grunde genommen liberalen Prinzipien stabilisiert hatte, korrigierten sie ihre Programme gerade auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Sinne ihrer traditionellen Orientierung.

(Übersetzt von Christiane Brenner)